

Presseinformation

29. Juni 2007

28,8 Millionen Euro für Ausbau der Wasserversorgung

Sobotka: 1.500 neue Jobs durch Investitionen in den Wasserbau

In der Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds wurden nun die Bauprojekte für das Jahr 2004 beschlossen. 28,8 Millionen Euro an Förderungen lösen in Niederösterreich Investitionen in der Höhe von 113 Millionen Euro aus. Damit werden neben Wasserversorgungsanlagen auch Kanal- und Kläranlagen finanziert.

„Der Wasserwirtschaftsfonds unterstützt die niederösterreichischen Gemeinden bei der Finanzierung ihrer Wasser- und Abwasserprojekte. 2004 werden nun seitens des Landes 28,8 Millionen Euro in die Sicherung des Grundwassers investiert und insgesamt 219 Projekte in niederösterreichischen Gemeinden gefördert“, so Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka.

Der Bau von Kläranlagen dient nicht nur der Bevölkerung zur Entsorgung der Abwässer. Sie helfen auch, das kostbare Trinkwasser zu schützen, damit keine ungesäuberten Abwässer mehr ins Grundwasser gelangen. „Darüber hinaus schaffen wir durch die Investitionen in die NÖ Wasserversorgungsanlagen an die 1.500 neue Arbeitsplätze in der niederösterreichischen Bauwirtschaft“, betont Sobotka.

Seit 1900 stieg der weltweite Wasserverbrauch um das 9-fache, die Wassernachfrage steigt doppelt so schnell wie die Weltbevölkerung. Pro Tag verbraucht jeder Österreicher im Durchschnitt 150 Liter Wasser.

„Niederösterreich hat durch vorsorgende Wasserpolitik eine weltweite Spitzenposition bei der Qualität und der Versorgung der Bevölkerung. Niederösterreichisches Wasser kann ohne weitere Behandlung den Konsumenten zur Verfügung gestellt werden“, so Sobotka zum guten Zustand des niederösterreichischen Wassers.

Ein neuer ökologischer Schwerpunkt bei der Förderung ermöglicht, dass der Neubau von Abwasseranlagen fördertechnisch an die erste Stelle und damit vor die Anpassungen alter Anlagen an neue Grenzwerte gestellt wurde.

Presseinformation

Sobotka: „Übertriebene Anpassungen und Umbauten von bestehenden Anlagen, wie in der vergangenen Zeit, werden durch die neue Förderrichtlinie verhindert. Bis vor kurzem konnte es passieren, dass etwa erst 10 Jahre alte Anlagen um teures Geld adaptiert werden mussten, nur um die strengen Grenzwerte zu erreichen, obwohl andererseits ganze Ortschaften noch nicht ans Kanalnetz angeschlossen waren.“